

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung*

Von Karl Schmidt.

Die Rechtsprechung ist wirtschaftlichen und auch politischen Einflüssen unterworfen. Das beweisen die Erscheinungen vor und nach dem Kriege.

Früher war das Gesetz und das Recht sanktioniert durch eine „höhere Gewalt“.

Die Richter von damals fühlten sich bei der Urteilsfindung an das Gesetz gebunden. Das Gesetz war für sie ein Dogma. Das Gesetz war auch erlassen vom König von Gottes Gnaden.

Jetzt ist dieser Nimbus fortgefallen. Die Gesetze werden nur noch im Namen des Volkes erlassen.

Im Namen des Volkes muß der ehemalige monarchistische Richter auch sein Urteil fällen. Das löst innere Widersprüche aus. Diese grundsätzliche Wandlung führt zur:

Politikalisierung der Justiz.

Die Richter stützen sich aber trotz dieser Wandlung auf ihre Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit.

Die Rechtsprechung der Nachkriegszeit wird oft zum Genfer am Gesetz und an der Tätigkeit des Parlaments. Dadurch werden die Funktionen des Parlaments und die demokratische Staatseinrichtung gefährdet.

Dr. Anschütz erfaßt die Tatsache in seinem Werk: „Die Verfassung des Deutschen Reiches“, indem er schreibt:

... daß der Absolutismus des Parlaments erlosch durch den Absolutismus der Gerichte. ...

Die Justiz greift in die Sphären der neuzeitlichen Rechtsgealtung ein. Der Richter wagt die Unzweckmäßigkeit oder die Verfassungswidrigkeit gesetzlicher Bestimmungen festzustellen.

Milde und Härte in der Gesetzesanwendung wechseln zwiespältig. In politischen Prozessen tritt diese Ungleichheit vor dem Gesetz scharfer in Erscheinung als im Zivilprozeß. Hier fehlt es an der scharfen Gegenätzlichkeit.

In den Arbeitsrechtsstreitigkeiten treten die wirtschaftlichen Machtverhältnisse statt der politischen mehr in den Vordergrund.

Das Richteramt glaubt objektiv und neutral zu sein. Alle Befehle müssen aber nicht. Die weltanschauliche Einstellung beeinflusst das Denken und das Handeln jedes Menschen. Warum sollte es bei den Richtern anders sein?

Die französische Revolution hat die politisch unzuverlässigen Richter entfernt.

Die deutsche Revolution hat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Der Programmgrundsatz der SPD. wurde nicht durchgeführt, der lautete:

„Ersetzung der beamteten durch durch das Volk gewählte Richter.“

In dem politischen Auf und Nieder, bei den Auswüchsen in einer vergifteten Atmosphäre würde uns diese Maßnahme auch nicht viel genützt haben.

Die Gewerkschaften haben sich diesen Richtern anvertraut und die vom Obrigkeitsstaat geschaffene Sondergerichtsbarkeit, die seit 35 Jahren bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, preisgegeben. Um — mit Prof. Dr. Singheimer zu reden — die Richter mit neuem Lebensgeist zu durchsetzen, um ein neues Richteramt zu schaffen.

Diese Erwartungen sind fehlgeschlagen.

So ist es gekommen, daß dem Staat Richter dienen, die innerlich diesem Staat fremd oder feind sind. Die Rechtspflege wird durch diese Einstellung und durch die veränderte politische Konstellation im letzten Jahrzehnt beeinflusst.

Wie sich dies auswirkt, wollen wir nunmehr untersuchen. Ehe ich damit beginne, muß ich einige Erinnerungen aus dem Werden des Arbeitsgerichtsgesetzes wachrufen, um die Haltung der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes zu rechtfertigen.

Wir wurden wegen unserer ablehnenden Haltung zum Arbeitsgerichtsgesetz (AGG.) scharf angegriffen.

Dem Gewerkschaftskongreß in Breslau 1925 lag eine Entschließung der Kollegen Brey, Brandes, Schmidt vor.

In dieser heißt es u. a.:

„Grundsatz muß sein: Vollständige Selbständigkeit der Arbeitsgerichtsbarkeit als Glied einer einheitlichen Arbeitsgerichtsbarkeit. Die geplante Verketzung der Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten und die Oberaufsicht der Justiz wird den Zustand, daß der Arbeitsvertrag mit dem Sachrecht gleichgestellt wird, nicht beseitigen, sondern nur noch verschärfen.“

Um die wesentlichen Mängel des jetzigen Zustandes zu beseitigen, muß durch eine Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz die örtliche und sachliche Zuständigkeit auf alle Lohn- und Gehaltsempfänger ausgedehnt werden.“

In der Ansprache kennzeichnete ich die optimistische Einstellung einiger Vertreter des Bundesvorstandes, die nach meinem Dafürhalten durch Prof. Dr. Singheimer gestützt wurde.

Ich erklärte: Lassen wir uns auf die Beratung und Abänderung des Regierungsentwurfs eines AGG. ein, dann

* In Fortsetzungen bringen wir das Referat des Kollegen Karl Schmidt (Leiter unserer Rechtschutzabteilung), gehalten auf dem Münchener Verbandstag.

Zum Volksentscheid in Preußen.

Die Niederlage der Herostraten.

Der Epheser Herostratos steckte 536 v. Chr. den Artemistempel in Ephesos in Brand. Nichts anderes wollte der kommunistisch-nationalsozialistische Wüchling am 9. August mit seinem Volksentscheid zum Zwecke der Auflösung des Preußischen Landtages. Das Ziel sollte sein, in Preußen und nachher im Reich eine nationalsozialistische bzw. eine reaktionäre Regierung nach dem Muster Frick (Thüringen) und Franzen (Braunschweig) ans Ruder zu bringen. Der Hereinfall der Thälmann, Hitler, Hugenberg, Dingeldey ist geradezu grandios. Sie konnten ihre Brandfackel nicht in den Reichstempel werfen. Sie konnten das Reich auf dem Umweg über Preußen nicht in den Staatsbankrott treiben. Denn etwas anderes wäre ein Sieg der Thälmann-Hitler und die erneute Zurückziehung der Auslandsgelder nicht gewesen.

Der Volksentscheid hat die Schwäche insbesondere der Spitzenparteien von links und rechts offenbar werden lassen. Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in ganz Preußen von 26 553 837 Wahlberechtigten abgegeben

9 793 603 Ja-Stimmen.

Das sind 36,9 Prozent. Diese Stimmenzahl ist zum großen Teil das Ergebnis der organisierten Dummheit, des Ignorantentums, der Radikalität. Arrangeur des Volksentscheids ist der Stahlhelm. Gewicht verlor dem Unternehmen des Stahlhelms das Eingreifen der Deutschnationalen Partei und der von Unternehmern ausgehaltenen Nationalsozialisten. Das Protektorat hatten Prinzen und viele von der Republik Pension beziehende Generale und Offiziere der verschiedensten ehemaligen Rangstufen.

Als Zutreiber fungierte die KPD.

Diese „Arbeiterpartei“, deren Führer in kritischen Zeiten stets nach Rußland in sichere Obhut verschwinden, während die von ihr verführten Arbeiter in die Zuchthäuser und Gefängnisse wandern, hat sich nicht geschämt, die Proletarier an die Wahlurne zu treiben, für Prinz Luitpold, Hitler und Hugenberg. Das ist der

Schwere Arbeiterverrat der KPD.

der nicht mehr abgewaschen werden kann. Die KPD. hat die Arbeiterklasse den Reaktionen als Stimmvieh zugeworfen. Die KPD. war bereit, die Arbeiterklasse den schlimmsten Arbeiterfeinden auf die Schlachtbank zu legen. Wenn Hitler seine Loschläger für den Kapitalismus an die Urne treibt, so weiß man, daß er es nicht umsonst tut, und daß er die Hoffnung hegt, mit seinen Krabanten an die Futterkrippe zu kommen. Galt es doch, der Schwerindustrie, der Reaktion, den Feinden der Arbeiterklasse überhaupt zum

Siege zu verhelfen, und die geistig indifferente gelbe Stahlhelm- und Hitlergarde hoffte dann ihren Brocken abzubekommen.

Wenn aber die KPD. für den erhofften Sieg Hitler-Hugenberg ihre Mitglieder zur Stimmabgabe kommandiert, so darf man fragen:

Ist das Dummheit oder Verlogenheit?

Wir sind der Meinung, es war nicht Dummheit, sondern es war ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Die kommunistischen Arbeiter haben zunächst rebelliert gegen die von der Parteileitung ihnen zugeworfene Niedertracht. Sie fühlten den Verrat, soweit sie ihn nicht verstandesgemäß erfahnten. Da setzte in der kommunistischen Presse und in Flugblättern der KPD. eine Schlammflut von Verleumdungen gegen die andersdenkenden Klassengenossen ein. Viele kommunistische Gewerkschaftskollegen haben die kommunistische Parole nicht befolgt. Sie waren klüger und sahen weiter als ihre Führer. Ihr Klassenempfinden hat sich aufgelehnt gegen die Lumperei, zu der sie mißbraucht werden sollten. Hier nur ein Beispiel.

Die „Arbeiterpolitik“, das Organ der KPD.-Opposition, schrieb in ihrer Nr. 186 vom 13. August:

„Es gibt in Deutschland kaum eine Straße, die dem revolutionären Proletariat so bekannt ist, wie die Kösliner Straße im Wedding. Dort spielten sich während der Maitage 1929 die blutigen Kämpfe mit der Polizei ab. Dort leisteten die Arbeiter den schärfsten Widerstand. Die Kösliner Straße gilt als die unbefristete Hochburg der kommunistischen Partei, in der sie bei allen Abstimmungen eine absolute Mehrheit buchen konnte. Über die Kösliner Straße wurde von Klaus Neukrantz ein Buch geschrieben, betitelt: „Barrikaden am Wedding“. Wenn es ein vernichtendes Urteil über die falsche Politik beim Volksentscheid für die KPD. gibt, so ist es das Wahlergebnis aus der Kösliner Straße.“

Der Stimmbezirk der Kösliner Straße zählte 1224 Wahlberechtigte. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielt die kommunistische Partei 606 Stimmen, also die absolute Mehrheit. Beim Stahlhelm-Volksentscheid, der von der Partei als ein „roter Volksentscheid“ bezeichnet wurde, fanden sich in der Kösliner Straße ganze 144 Wähler, die mit Ja stimmten.“

Das genügt. Leider war es so nicht allgemein. Das beweisen die Resultate beim Volksentscheid in Merseburg, Renscheid, Solingen und ähnlichen kommunistischen Hochburgen.

Den Verrat der KPD. an der Arbeiterklasse werden wir nicht vergessen. Der Arbeiterklasse muß jetzt und immer diese Tat der Schande eingehämmert werden. Ehrlichen Haß gegen jene Menschen, die über eine gesunde Vernunft verfügen und — um so schlimmer — trotzdem am 9. August eine Ja-Stimme gegen das Proletariat, für Hitler abgaben.

geben wir selbst die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte preis, und wir liefern die Arbeitsgerichtsbarkeit der Justiz aus.

Die Entschließung und meine Ausführungen zur Begründung wurden von Rörpel und Müller scharf bekämpft. Letzterer erklärte:

„Den Antrag Schmidt bitte ich abzulehnen. Es würde eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten, wenn wir die Arbeitsgerichte so lange vertagen wollten, bis wir die Arbeitsbehörde haben.“

Die Redaktionskommission erweiterte eine Entschließung des Bundesvorstandes und erklärte damit die vorerwähnte Entschließung als erledigt. Der Gewerkschaftskongreß entschied auch demgemäß.

Im Sinne der erwähnten Entschließung Brey-Brandes nahmen auch unser Verbandstag in Leipzig 1925 und einige Beiratstagungen zum AGG. Stellung.

Dies eine Ereignis aus dem sehr lebhaften Kampf um die Arbeitsgerichtsbarkeit möge genügen, um die Stellung unseres Verbandes zu kennzeichnen. Die Entwicklung hat gezeigt, daß wir recht hatten und die drohenden Gefahren erkannten.

Am 23. Dezember 1926 wurde das AGG. nach Annahme durch den Reichstag verkündet und trat am 1. Juli 1927 in Kraft.

Damit verschwanden die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nach 35jähriger Wirksamkeit.

Die Justiz hatte über die Sondergerichte gesiegt.

Auf Grund meiner jahrzehntelangen Tätigkeit bei den Gerichten habe ich das System und auch die Richter kennen gelernt. Es sind dies keine Menschen, die sich böswilligerweise gegen die Arbeiter einstellen. Bis auf wenige Ausnahmen sind sie gerecht. Selbstverständlich von ihrem Standpunkt aus.

Der Mensch ist aber ein Produkt seiner Umwelt. Daher kommt es, daß der Richter von heute weltanschaulich anders denkt als der Arbeiter. Der Richter versteht die Ausführungen und Beschwerden der Unternehmer besser als die der Arbeiter. Zwischen Richtern und Unternehmern ist weltanschauliche Verbundenheit vorhanden.

Im Februar 1928 hatte ich meine erste Sitzung beim Reichsarbeitsgericht. Ich schrieb an Rörpel. Obwohl ich

wußte, was zu erwarten war, war ich tief erschüttert.

Am 8. Februar 1928 antwortete Kollege Rörpel auf meine Bedenken und Erfahrungen, die ich beim Reichsarbeitsgericht machte und vorausgesagt hatte:

„Habe nur Geduld! Die Arbeitsgerichtsbehörden sind wie ein Instrument, auf das wir uns von Jahr zu Jahr mehr einstellen müssen. Singheimer ist mit der Tätigkeit des Reichsarbeitsgerichts zufrieden, und auch ich muß gestehen, daß Urteile objektiv und sogar günstig sind.“

Rörpel sagt in der „Arbeitsrechtspraxis“ 1928, Seite 194:

„Das Reichsarbeitsgericht hat auch keineswegs überwiegend Entscheidungen zugunsten der Arbeiter gefällt.“

Das ist sehr vorsichtig gesagt. Vom allgemeinen Rechtsstandpunkt und dem der Arbeiterklasse insbesondere beurteilt, muß festgestellt werden, daß die soziale oder wohlwollende Urteilsfindung nicht dadurch dokumentiert wird, daß die Zahl der Fälle überwiegend für die Arbeiter günstig ausgehen. Es hängt dies doch von sehr vielen Umständen, aber auch von der Einstellung der rechthaberischen Gegner ab.

Maßgebend für die Beurteilung der Untersuchung ist: Wie stellt sich das Gericht zu den grundsätzlichen Fragen, und wie werden die maßgebenden Gesetze, vor allem die neuzeitlichen, zur Anwendung gebracht?

Wollen wir die Richtung der Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden beurteilen, so geschieht dies wohl am einfachsten, wenn wir die Haltung der höchsten Instanz, die des Reichsarbeitsgerichts, untersuchen und seine Wandlungen hervorheben.

Die unteren Instanzen sind wohl oder übel gezwungen, die Rechtsgrundsätze des Reichsarbeitsgerichts zu beachten. Geschieht dies nicht, hält das Urteil der Nachprüfung der Berufungs- bzw. Revisionsinstanz nicht stand.

Der Präsident des Reichsarbeitsgerichts, Dr. Degg, schrieb im 1. Heft des Weibischen Jahrbuches für Sozialpolitik (1930, Seite 70):

„Mit dieser Stellung des Reichsarbeitsgerichts als des obersten Gerichtshofes in Arbeitsachen ist auch seine Aufgabe vorgezeichnet: ... einheitliche Grundsätze als Richtschnur und so die einheitliche Anwendung und Fortbildung des Arbeitsrechts zu gewährleisten.“

Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir die Tätigkeit des Reichsarbeitsgerichts zu bewerten. Auch meine Kritik ist dementsprechend aufzufassen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, will ich hervorheben, daß unsere Rechtsabteilung von 64 erledigten Revisionen 29 mit Erfolg durchgeführt hat. Diese Entscheidungen wirken sich sehr günstig für unsere Kollegen aus, weil es sich zum Teil um grundsätzliche Anordnungen von Reichsarbeitsgerichten handelt.

Bei diesen Entscheidungen werden mehr die einzelvertraglichen Streitigkeiten berührt. Wenn die rechtsgestaltenden Fragen in Betracht kommen, dann sehen sich Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht vielfach über die positiven Rechtsvorschriften hinweg, um den sozialen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Dieser Umstand

wirkt sich in sonderbarer Weise gegen die Rechtsauffassung der Arbeiter aus.

Die Rechtsprechung des RAG ist deshalb nicht gradlinig und gleichmäßig, sondern wirkt sich in ihrer grundlegenden Tendenz in wesentlichen Teilen zum Nachteil des kollektiven Arbeitsrechts aus und gefährdet damit die Rechtsansprüche der Arbeiter.

Dafür einige Beispiele:

Die Tarifvertragsverordnung ist ihrem Wortlaut und ihrem Wesen nach unabdingbar. Dies erkennt auch das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 12. April 1927 (Band 117, Seite 21) an. Hier heißt es:

Der Beklagte handelt also rechts- und vertragswidrig, wenn er seine Angehörigen zu Sägen beschließt, die unter dem für allgemeinverbindlich erklärten Tarif liegen...

Das Reichsarbeitsgericht schließt sich dieser Anschauung in seiner Entscheidung vom 4. Januar 1928 (58/27 - Benzheimer Sammlung, Band 2, Seite 1) an und sagt in seinen Entscheidungsgründen:

Verzicht für die Zukunft ist unwirksam. Ein Verzicht auf erworbene Lohnansprüche ist grundsätzlich für zulässig und rechts-wirksam zu erachten.

In diesem Vorher und Nachher kommt der grundlegende Widerspruch zum Ausdruck, der auch durch die Spießfindigkeit der Unterforschung, ob ein wirtschaftlicher Druck den Arbeiter zu Verzichtleistungen zwingt, nicht beseitigt werden kann.

Der Arbeitsrechtler Dr. Nipperdey sagt in einer Anmerkung zu dieser Entscheidung:

Das Urteil ist von großer Tragweite. Das RAG macht es sich mit seiner Entscheidung ziemlich leicht. Sie ist rechtlich unbestimmt. Die Arbeitsrechtswissenschaft kann natürlich vor diesem RAG-Urteil nicht kapitulieren. Dieses ist zu bekämpfen, und es ist auf eine gerechte und gesetzeskonforme Entscheidung hinzuwirken. Der Arbeiter steht immer und notwendig objektiv und subjektiv unter einem wirtschaftlichen Druck.

Selbst der 35. Juristentag, der 1928 in Salzburg tagte, nahm einen Antrag Nipperdey und Querswald an, und zwar mit 23 gegen 10 Stimmen. Dieser lautete:

Bei Neuregelungen des Tarifrechtes ist der Grundsatz der Unabdingbarkeit dahin klarzustellen, daß auch während der Dauer des Arbeitsverhältnisses der Verzicht des Arbeitnehmers auf entstandene tarifliche begründete Ansprüche unzulässig ist.

Einige Reichsgerichtsräte legten diesem Beschlusse, als ich darauf verwies, keine Bedeutung bei.

In der Entscheidung des RAG vom 13. März 1929 (RAG. 460 - Benzheimer Sammlung, Band 6, Seite 75) wird wiederum festgestellt:

Der Verzicht auf tarifliche Ansprüche auf die Vergangenheit ist zulässig. Es bedarf hierzu aber einer Willenseinigung der Parteien.

Es werden nun haarspalterische Untersuchungen angestellt, ob ein Erlaßvertrag des Arbeiters vorliegt.

In einer Entscheidung vom gleichen Tage (RAG. 467/28 - Benzheimer Sammlung, Band 5, Seite 456) wird gelegentlich der Prüfung über die Verzichtleistung folgender Satz aufgestellt:

Wer den ihm zustehenden Anspruch auf Tariflohn erst nach längerem Zögern geltend macht, verliert dadurch allein noch nicht gegen Treu und Glauben.

Diese Unternehmung ergibt also, daß man unter Umständen arglistig handeln kann, wenn trotz Bestehen eines Rechtsanspruchs die Forderung zu spät erhoben wird. Man setzt sich dabei über die zweijährigen Verjährungsfristen der Paragraphen 196, 201 BGB hinweg. Diese Tatsache ergibt das Urteil des RAG vom 12. Dezember 1929 (RAG. 337/29 - Benzheimer Sammlung, Band 7, Seite 546). Dort wird hervorgehoben:

Ein derartiger nachträglicher Verzicht kann auch schwebend erfolgen, was anzunehmen ist, wenn die Arbeiter nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb erst nach Ablauf von mehr als einem halben Jahr ihre Forderung erheben.

Die Entscheidung vom 22. Januar 1930 (RAG. 349/20 - Benzheimer Sammlung, Band 8, Seite 332) prüft, ob nicht bei dem Arbeiter durch die verspätete Geltendmachung seines Anspruches ein arglistiges Verhalten vorliegt oder gegen die guten Sitten verstößt. Solche Untersuchungen und Urteile gefährden das Tarifrecht. Mit den verschonenden Grund-sätzen aus dem bürgerlichen Recht, und zwar unter über-triebener Anwendung des § 242 BGB, der von den Grund-sätzen von Treu und Glauben spricht, wird diese Rechtsprechung gedeckt.

Damit werden dem Arbeiter wohlverworbene Rechtsansprüche entzogen.

Das kollektive Arbeitsrecht nimmt Formen an, von denen sich jedenfalls die Gesetzgeber nicht träumen lassen.

Das Reichsarbeitsgericht geht, trotzdem es eine soziale Rechtskonstitution sein will, über die Formalprinzipien beim Reichsgericht hinweg.

Das Reichsgericht sagt in seiner Entscheidung vom 5. Dezember 1925 („Juristische Wochenschrift“, 1926, Seite 193) u. a.:

Die Verkehrensanfängerin erfordert nicht allgemein die Offenbarung jeder Tatsache, die dem Vertragsgegner zur Erhebung von Ansprüchen gegen den Willenden oder zur Abwehr von Ansprüchen des Willenden als Grundlage dienen kann, obwohl eine solche Offenbarung dem stillen Anforderungen in der Regel entsprechen mag (R. A. 1033).

Es ist keine Arglist.

Im Lager der Reaktion.

Die kommunistischen Falschspieler.

Von S. Fischer, Merseburg.

Der 9. August des Jahres 1931 wird in der Geschichte der deutschen wie auch der internationalen Arbeiterbewegung unvergessen bleiben. Eine beispiellose Groteske liegt hinter uns. Die Reaktionskräfte von rechts und die Verräter und Putschmacher von links haben in Deutschland eine kräftige Abwehr bekommen. Dieser Volksentscheid wird den Herrschenden noch lange in den Knochen liegen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, wenn man jetzt das Volk aufrufen würde, nun ganze Arbeit zu machen, aufzuräumen mit der Partei-Prüderie, Schluß zu machen mit den Verderbern in Deutschland, es wäre mit ganzem Herzen dabei, es würde mitmachen. - Aber noch nicht klar, noch nicht eindeutig genug hat sich die Mehrheit des deutschen Volkes für unseren Weg erklärt, noch zu stark ist die ideologische Bindung zur bürgerlichen Weltanschauung, als daß wir diesen Schritt wagen könnten. Die letzten Wochen und Monate in Deutschland waren lehrreich und bedeutungsvoll. Die Entwicklung dürfte manchem die Augen geöffnet haben, um zu sehen, was um ihn herum vorgeht. Mögen insbesondere die Werktätigen dabei begriffen haben, daß ihre große Einheit und Geschlossenheit die einzige Grundlage bildet für eine neue bessere Zeit.

Am 9. August 1931

fand auf Antrag des „Stahlhelms“ der Volksentscheid auf Auflösung des Preussischen Landtags statt. Die ganze Reaktion, Prinzen Generale, Scharfmacher, und als führende Parteien, die Nationalsozialistische und die Deutschnationale Partei, sie hielten gemeinsam zum Scheitern gegen die Republik und gegen die Arbeiterbewegung aus. Und da

hat

die kommunistische Partei Deutschlands Zutreiberdienste geleistet und das Proletariat zur politischen Hure gemacht. Die KPD hat aufgefodert, ehrliche Arbeiterstimmen für Hitler und Konsorten gegen die Arbeiterklasse abzugeben. Damit hat

die KPD.

die deutsche Arbeiterklasse, soweit sie zur KPD gehört, vor der internationalen Arbeiterbewegung ehrlos gemacht. Ein gleiches Beispiel schmutziger Zutreiberdienste für die Zwecke der Reaktion gibt es in der Geschichte der Arbeiterbewegung bisher nicht. Ist

das

nicht vollendeter Verrat der Arbeiterklasse an seine Todfeinde? Hat eine solche Partei das Recht, sich Arbeiterpartei zu nennen? Der Mißbrauch, den die KPD „Führer“ mit dem deutschen

Proletariat

getrieben hat, ist so unerhört, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die selbständig denken können, sich aus Scham von der KPD und ihrer Mißgeburt, der KPD, wenden müssen. Hört, Ihr Klassen-genossen und -genossinnen! Laßt Euch nicht noch einmal

verraten!

Der 9. August hat der ganzen Welt, hat den Arbeitern etwas gezeigt, was wir immer sagten und was sich täglich im kleinen immer wiederholt. Nämlich, daß die Extreme von rechts und von links so viele und so starke Berührungspunkte haben, daß sie sich immer wieder zusammenfinden. Daß dabei der wirtschaftlich Stärkere der Führende und der Gewinnende ist, ist selbstverständlich. Wie oft haben wir erlebt, daß die fanatisierten kommunistischen Funktionäre in ihrem blindwütigen Haß gegen die freigewerkschaftlichen Funktionäre zu Felde ziehen, damit die Arbeiterbewegung zerfallen und lähmen und, ob gewollt oder nicht, die Geschäfte des brutalen Unternehmertums besorgen. Wie oft haben wir erlebt, daß die mit Lügen vollgepöppelten KPD-Leute sich mit dem gelben Werkverein, dem Nazi- und Stahlhelmsleuten im Betrieb verbinden, nur um uns ins Unrecht zu setzen, nur um die Arbeiter gegen uns aufzuwühlen. Immer hat man das im kommunistischen Lager bestritten, der 9. August aber hat das zur geschichtlichen Tatsache werden lassen.

In der Papierfabrik O. Dietrich in Weissenfels (Mitteldeutschland)

haben die Kommunisten neuerdings wieder einen solchen Schandstreich geleistet.

der ebenso wie der Streich am 9. August zu einer Groteske, nur in kleinerem Ausmaße, wurde. Es handelt sich um einen Betrieb mit einer Belegschaft von über 900 Mann. Weissenfels ist eine kommunistische Hochburg, kein Wunder, daß sich die kommunistische Partei recht viel, viel zuviel, um den Betrieb kümmert. In diesem Betrieb waren am 6. August die Betriebsratswahlen durchgeführt. Die Papierunternehmer sind ja dafür bekannt, daß sie mit besonderer Liebe und Sorgfalt in ihren Betrieben den Werkverein großziehen. So ist es auch in diesem Betrieb. Das einzig Richtige für die Arbeiter wäre also gerade hier, nur so einseitig und so fest in ihrer Organisation, im Fabrikarbeiterverband, zusammenzufassen. Das wurde bisher, auch von unseren kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern, als richtig erkannt. Das passierte aber der kommunistische Parteiführung nicht, und so wurden alle die, die nicht die schmutzige Heise gegen den Verband mitmachten, aus der Partei hinausgeworfen. - Andere, „Unorganisierte“, traten an ihre Stelle. So kam denn, was kommen mußte, und was die kommunistische Partei erstrebte. Zum ersten Male wurde bei dieser Wahl von den Kommunisten eine Sonderliste, eine KPD-Liste, mit zur Betriebsratswahl aufgestellt. Mit welchem Erfolg, werden wir gleich sehen.

In dem früheren Betriebs- und Arbeiterrat waren acht Vertreter vom Fabrikarbeiterverband und drei Werkvereiner. Die Angehörigen hatten keine Liste zur Wahl gestellt und waren nicht vertreten. Die Neuwahlen am 6. August brachten folgendes Ergebnis:

- Im Betriebsrat: 4 Vertreter Fabrikarbeiterverband, 2 Vertreter Werkvereiner, 2 Vertreter KPD-Liste, 2 Vertreter Angestellte (Werkverein)
Im Arbeiterrat: 5 Vertreter Fabrikarbeiterverband, 3 Vertreter Werkvereiner, 2 Vertreter KPD-Liste

Es ist auch festzustellen, daß auf Veranlassung der KPD die Angehörigen ihre Liste diesmal brachten, um damit den Einfluß des Werkvereins im Betriebsrat zu stärken. Das

ist ja auch gelungen, einige Meister mußten diese Funktion übernehmen. Dann ist die Zahl im ganzen um einen zurückgegangen, da im letzten Jahre etwa hundert Arbeiter entlassen wurden. Die KPD konnte also glücklicherweise zwei Sitze erreichen. Mit welchen Mitteln der Kampf bei dieser Wahl gegen unseren Verband geführt wurde, braucht nicht besonders herausgestellt zu werden. Die Kommunisten und Werkvereiner versuchten in ihren Flugblättern in der Verleumdung gegen uns sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Es ist in der Tat schwer zu sagen, wer von diesen beiden am meisten geschwindelt hat. Daß sie sich dabei auch gegenseitig ein wenig anpöbelten, ist nicht weiter schlimm und war nichts als Spiegelfechtelerei, wie sich das ja später auch noch zeigte. Genau wie die Kommunisten behaupteten auch die Werkvereiner, dieselbe Organisation, die von dem Unternehmer auf das weißestgehaltene unterstellt wird, die alle ihre Veranstaltungen im Betrieb unter den Augen des Unternehmers durchführen kann, für die die Beiträge gleich vom Lohn abgezogen werden, wir seien schuld am Lohnabbau, an allen Verschlechterungen, am Elend und der Not, an den Entlassungen usw. An Stelle des Tariflohnes forderten sie die Freiheit des Arbeitsvertrages, den Leistungslohn und so weiter. Am interessantesten ist aber folgende Stelle im Flugblatt, wo der Werkverein schreibt:

„Was nützen dem Arbeiter die gewerkschaftlichen Errungen-schaften, wenn dabei die Betriebe zum Erliegen kommen, wenn die Aufträge ausbleiben. Nicht Kampf gegen den Unternehmer, sondern die Sicherung des Betriebes, als unserer lohn- aufbringenden Stelle, kann uns aus dem heutigen Elend retten.“

Und weiter unten schreiben sie: „Der Werkverein will für seine Mitglieder keine Sonder-vorteile, er will ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielen, und es ist eben nicht wahr, daß der Arbeitgeber der ausgemachte Lump und der Gewerkschafts-funktionär ein Muffenknabe ist.“

Sieht das nicht ganz so aus, als hätte es der Unternehmer diktiert? Aber noch interessanter ist eine andere Stelle, dort schreibt der Werkverein:

„Man greift in dem Flugblatt (unserem Flugblatt) auch die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition an. Auch in diesem Fall haben wir keine Veranlassung, die Angriffe etwa zu entkräften. Aber wir haben für das Vorgehen der KPD. durchaus Ver-ständnis...“

Ist das nicht rührend? Die Werkvereiner, die vom Unternehmer befohlenen Truppen, haben für das Vorgehen der KPD. durchaus Verständnis. Oh, das glauben wir wirklich, die Arbeit der KPD. kommt ja den Herrschenden so gelegen, denn schließlich sind sie ja die einzigen und wirklichen Nutznießer dieser organisierten Gemeinheit. Interessant ist auch, was die Kommunisten in ihrem Flugblatt geschrieben haben. Erst kommt die alte Platte, von dem tausendfältigen Verrat der Sozialfaschisten - aber die kennt ja jeder. - Dann aber kommt ein Kampfprogramm mit fünf Haupt-gruppen und 24 Forderungen. Da wird gefordert eine 25prozentige Lohnerhöhung, die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, Ver-längerung des Urlaubs auf drei Wochen für die Arbeiter und vier Wochen für die Arbeiterinnen, gestiftete Ertragsstränke und Instandhaltung der Kaffeekessel, Bezahlung der Essenpausen, Um-wandlung der Prämien und Akkordzuschläge in festen Lohn, 15 Minuten Wabzeit, gründliche Säuberung der Abortanlagen, gegen den Krieg gegen Sowjetrußland, gegen die Schlichtungs-diktatur, grundsätzliche Ablehnung jeder Bestrafung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gegen Lohnsenker und Regiersteuer, für roten Volksentscheid usw.; kurzum ein vielgestaltiges Kampfprogramm - für jeden etwas. Eine Forderung will ich, weil sie besonders bemerkenswert ist, herausgreifen. Unter Punkt 4 wird da gefordert, Ablehnung der Sozialbeiträge,

voller Erlaß dieser diktatorisch erpreßten Abzüge durch Lohn-erhöhung. Das sind doch sonderbare Zeitgenossen, die KPD.-Heiden. Sie sollten doch nun auch bald den sozialreaktionären Kurs kennen, den die Unternehmer in Deutschland steuern. Sie sollten auch wissen, wie die realpolitischen und wirtschaftspolitischen Macht-verhältnisse liegen. Wir glauben, die Kommunisten werden in dieser Forderung bei den Unternehmern keine allzu schlimmen Gegner finden. Es gibt Unternehmer, die sind sofort dafür, daß keine sozialen Beiträge mehr geleistet werden - sie sparen ja dabei ein ganz schönes Sümmchen. Mehr als ein Drittel dieser Beiträge hat ja schließlich der Unternehmer zu tragen, und daß der Unter-nehmer nicht gerne zahlt, ist wohl unbestritten. Was also würde er mehr begründen als die Abschaffung dieser Beiträge; was dann aus der Sozialversicherung wird, der Unternehmer fragt einen Teufel danach. Wir sehen also, wie wenig durchdacht diese Forderungen sind, es ist deshalb müßig, sich länger damit zu beschäftigen.

Werkverein und Kommunisten haben also in trauter Gemein-schaft gegen uns gehebt, der Erfolg: die freigewerkschaftliche Gruppe wurde geschwächt und die KPD.-Leute sind ohne Einfluß und Macht. Am Montag, dem 10. August, einen Tag also nach dem berühmten geschichtlichen Ereignis, hatte der Wahlvorstand den neugewählten Betriebs- und Arbeiterrat zur konstituierenden Sitzung zusammengerufen. Wir, die freigewerkschaftlichen Fabrik-arbeiter, verlangten als stärkste Gruppe ganz selbstverständlich den Vorsitz. Im Betriebsrat standen unseren vier Kollegen einseitiglich der Angestellten vier Werkvereiner und zwei KPD.-Leute ge-genüber. Im Arbeiterrat standen unseren fünf Kollegen drei Werkvereiner und zwei KPD.-Leute entgegen. Was geschah nun? Die Werkvereiner schlugen für den Betriebsratsvorsitzenden und später auch zum Arbeiterratsvorsitzenden den einen KPD.-Mann vor und stimmten geschlossen für ihn. Und so wurde im Betriebsrat mit Hilfe von drei Werkvereinstimmen der KPD.-Mann zum Vorsitzenden gewählt.

Will nun jetzt immer noch einer bestreiten, was wir zu Anfang sagten? Diese ungleiche Paarung - o ja! Es ist schon so, sie ist geschehen. Zur selben Zeit aber, wo die von dem Unternehmer beantragten Werkvereiner und Stahlhelmsleute für den KPD.-Mann stimmten, wurde dem Geschäftsführer des Fabrikarbeiter-verbandes der Zutritt zu der Fabrik verboten und er gehindert, an dieser so bedeutungsvollen Sitzung teilzunehmen.

Der 9. August eine Groteske - jawohl! Jene unletzte Zeit-genossen, jene politischen Bankrotteure haben in ihrem „Vorwärts-fürmen“ gar nicht bemerkt, daß sie schon längst ihre Soldaten hinübergeführt haben ins andere Lager - ins Lager der Reaktion.

Ein Hellschrei aus dem Sowjet-paradies.

Mit dem Motto „In Deutschland Hunger und Not, in Rußland Arbeit und Brot!“ gehen zur Zeit die Sowjetjünger in Deutschland hausieren. Seitenslange Loblieder auf das Sowjetparadies werden in allen kommunistischen Zeitungen veröffentlicht. Wie es nun aber in Wirklichkeit in diesem Paradies aussieht, beweisen die Briefe deutschstämmiger Bauern, die heute noch in Rußland Ackerbau betreiben. Schon 1930 schrieb ein Stieber aus Rußland, unter was für mißlichen Verhältnissen sie sich dort durchschlagen müssen. Unter anderem, daß trotz totaler Mißernte er 565 Rubel Steuern und sonstige Abgaben an den Staat zu entrichten habe. Wortgetreu dem Brief nach heißt es: „bis das alles bezahlt ist, werde ich vor einem Nichts stehen, da gehen dann die letzten Pferde und Kühe hin, denn wir wollen doch auch leben. Für die Familie etwas an-zuschaffen, dazu kommt man nicht mehr; man kommt nicht auf Geld zu schaffen für Steuern und Versicherung. Muß jetzt mit dem aufhören, kann Euch doch nicht alles schreiben.“ Wie es nun den Betroffenen in diesem Jahre geht, berichtet ein Verwandter von ihm.

Lieber G...! Habe schon 2 Briefe geschrieben, aber nicht abgeandt, denn die Wahrheit schadet vielleicht und lägen mag ich nicht; kann eben nicht alles schreiben, muß jetzt aber doch wieder zur Feder greifen. Wie es mit R. letztes Jahr gestanden ist, weißt Du von ihm selbst. Da

er infolge seiner mäßigen Lage die Steuern nicht aufstreifen konnte, wurde er im Winter bei 1 1/2 Faden (8,15 Meter) hohem Schnee mit der Familie von Haus und Hof weg nach Sibirien zum Landkultivieren verfrachtet. So muß einer nach dem anderen von dem, was unsere Urgroßväter, Väter und wir aufbauen, fortziehen und den Russen Platz machen und an einem anderen Ort unter staatlichem Zwang von neuem anfangen. Sie müssen dort zuerst Holz machen. Die Kinder haben wir im Sommer wiedergeholt, waren ganz verwahrlost. A. haust mit der Frau und vielen anderen Leidensgenossen in Baracken oder, besser gesagt, Wanzennischen (Massenquartier), wärem im Winter bald erfroren. Klagen über den schlechten Verdienst und das schlechte Essen. Warten immer auf ein Postpaket von uns und wir haben ja selbst nichts. Selbst seine Frau muß den ganzen Tag mit Holz sägen. (Man vergleiche den Brief mit der „AZ“, Nr. 28, Seite 3: „Die billigsten Hände, Sklavenarbeit im dunklen Afrika und Ausbeutung durch den Kapitalismus.“ Der Berichterstatter.) Über nun von uns. Wenn Du wieder mal hierher kommen solltest oder nur mal herkommen könntest, dann würdest Du dich wundern. Was die Keiligkeit anbetrifft, ist es gegen früher heute wie die Nacht. Ich bin sehr schwach, denn die Kost ist mager. Wir bekommen nur noch Getreide, Weizen, oder Hirse. Wir haben noch 23 Hühner, müssen sie auch noch verkaufen, um Steuern zu zahlen. Die Hirsegrüße kostet 1 Rubel das Pfund (400 Gramm). Weizenmehl 35-40 Rubel das Pud (40 russische Pfund). Ich leide viel am Magen, die Mutter auch. Wer weiß, was uns die Zukunft bringt. Ob wir uns noch mal sehen? Dem Schwager und der Schwester in Sibirien hat ein schweres Los getroffen. Wenn wir doch alles erzählen könnten. Komm doch mal herüber. Ich könnte Dir noch mehr schreiben, aber... Ich fahre lieber auf die Steppe.

Grüß an Dich und Deine Familie von uns. K. und S.

Das ist das wahre Gesicht des Paradieses, was dem deutschen Arbeiter und Bauern verschwiegen wird. Wenn man bedenkt, wie diese Steppen, weit entfernt von jeder Bahnverbindung, draußen auf der Steppe den Boden kultivieren und ihre Erträge für jeden Preis an die staatlichen Sammelstellen abgeben müssen und andere, für ihren Lebensunterhalt wichtige Materialien wieder teuer bezahlen müssen, und wenn sie dann den Boden kultiviert und sich eine geordnete Behausung nach jahrzehntelanger Arbeit geschaffen haben, vertreiben werden und an einem anderen Ort in einer noch größeren Wildnis wieder frisch anfangen müssen, dann muß man sich doch die Frage stellen: Besteht bei dem privatkapitalistischen internationalen Wirtschaftssystem und dem russischen Staatskapitalismus in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ein Unterschied? Den besten Beweis der Ausbeutung der Industriearbeiter in Sowjetrußland erbringen doch die überall eingeführten Akkordlöhne. Otto Grühmayer, Rheinfelden (Baden).

Bundesausschuß-Sitzung des 1931.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt am Main seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gerinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschaftler, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen.

Dann erfaßte Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Führung mit dem Kabinett gefandten hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken hergegeben, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Sachausschusses für die Gewerkschaftspressen, Schöffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspressen, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Verlag der Blätter. Die Gewerkschaftspressen erreichen einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Sachausschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlußfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Zum Gewerkschaftskongress teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongress zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art zu unterlassen. In einem Tage wird der Kongress eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Frauenfragen.

Bildet Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen!

Wie und warum wollen wir sie bilden? Sind sie überhaupt zweckmäßig? — Solche Kommissionen wurden bereits in verschiedenen Gauen unseres Verbandes gebildet, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß die Frauenagitation für uns zur dringenden Notwendigkeit wurde — und demzufolge auch systematisch gestaltet werden muß. Die letzte Frauenkonferenz des Gaus 1, die im April d. J. in Goslar tagte, faßte ebenfalls einen Beschluß, wonach die Zahlstellen im Gau aufgefördert werden, in ihrem Bereich eine Arbeiterinnen-

Agitations-Kommission zu bilden. In Hannover ist diese Kommission jetzt auch schon tätig bei der Arbeit. Doch ist es leider nicht überall im Gau und im Reich so. Auch in Weisfeld wurde dieser Tage die Kommission gebildet. Es wurde dort zweckmäßigweise für zwei größere Betriebe je eine Arbeiterinnen-Agitations-Kommission gewählt. In den Versammlungen am 5. und 6. August wurden die Kommissionen gewählt, wobei das Thema „Frauenerwerbsarbeit und Arbeiterinnenschutz“ zur Debatte stand. Die Versammlungen waren sehr gut besucht. Wir haben es dort mit Betrieben zu tun, die in puncto Organisation an der Spitze marschieren. Es sind in dem einen Betrieb die Kolleginnen sowohl als auch die Kollegen zu 100 Prozent organisiert. Und trotzdem Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen! Warum? Weil es auch Wankelmütige zu halten gilt und das gute Organisationsverhältnis leider noch nicht überall vorhanden ist. Es gilt ferner den Kampf der Organisation durch umfassende Aufklärung überall zu führen! Im anderen Betrieb sind nur noch einige Unorganisierte vorhanden, die es noch zu gewinnen gilt. Die nächste Aufgabe der gewählten Agitationskommission ist es, den abseits stehenden Arbeitsschwärmern den Wert und die Notwendigkeit der Organisation klarzumachen. Ist im Betrieb dazu keine Möglichkeit gegeben, dann ist die Hausagitation am Platze. Natürlich müssen es dabei die Kolleginnen als ihre Pflicht erachten, sich an allen Aktionen, die notwendig sind, die Organisation zu stärken

Mensch, nicht Mörder.

In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Mordelermord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Massen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.

Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparlament der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919.

und zu festigen, zu beteiligen. So gilt es besonders, Aufklärung zu verbreiten über die zum Schutze der Arbeiterin bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften. Durch unser Arbeiterinnensekretariat wurde den Kommissionsmitgliedern eine kleine Broschüre über den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer zugestellt und auch sonst durch Vereinstellung von entsprechendem Material dafür gesorgt, daß unsere Funktionärinnen leichter in der Lage sind, die notwendige Aufklärungs- und Agitationsarbeit in ihren Betrieben und Zahlstellen leisten zu können. Wir wollen darüber hinaus aber die Kolleginnen weiter anspornen, sie schulen und organisatorisch befähigen, genau so wie die Kollegen im Verbands.

Es wäre nur sehr zu wünschen, daß alle Zahlstellen mit weiblichen Mitgliedern Agitations-Kommissionen bilden und damit eine gesteigerte Anteilnahme der Kolleginnen am Verbandsleben und am weiteren Ausbau der Organisation erreichen würden. Die im Verbandsinteresse sehr erwünschte Mitwirkung der Kollegen bei der Werbung weiblicher Mitglieder soll dabei keineswegs beeinträchtigt werden. Nur soll die Aktivität der weiblichen Mitglieder speziell gehoben werden, weil der gewerkschaftliche Fortschritt nur im Zusammenhang mit der Mobilisierung des weiblichen Fabrikproletariats auf eine gesunde Basis gestellt wird. Es dürfen darum auch nicht die Opfer gescheut werden, die für eine systematische Frauenagitation erforderlich sind. Sollten bessere Wege oder Erfolgsmöglichkeiten, also auch bessere Vorschläge zur praktischen Agitationsarbeit aufgezeigt werden können, so kann das an dieser Stelle immer geschehen. Unsere Kolleginnen wollen jedenfalls auch möglichst große Erfolge sehen. Die werden aber nur durch Aufklärung und zähe Kleinarbeit errungen, wobei sicher den Kolleginnen ebenfalls eine große Würde zufällt. Drum müssen alle mitbelfen, einer besseren Zukunft willen!

Anna Jammert.

Papier-Industrie

Auswirkungen der Produktionsbeschränkungen in der ostpreussischen Zellstoffindustrie.

In der Nummer 32 des „Proletarier“ haben wir bereits darauf hingewiesen, daß das europäische Zellstoffkartell beschlossen hat, vom 1. Juli 1931 bis Ende Juni 1932 die Zellstoffproduktion um 30 Prozent einzuschränken. Durch diesen Beschluß wurde die bisher vereinbarte Produktionsbeschränkung verdoppelt.

Die Auswirkungen dieses Beschlusses machen sich für die Arbeiterschaft der Zellstoffindustrie außerordentlich unangenehm bemerkbar.

Der Waldhof-Konzern hat für seine Zellstoffanlagen in Litzsch und Ragnitz Teilstilllegungen angemeldet, wodurch rund 400 Beschäftigte arbeitslos werden. Da ferner auch Teilstilllegungen in den angeschlossenen Papierfabriken zur Ausführung kommen sollen, ist mit einer Entlassung allein in den ostpreussischen Betrieben des Waldhof-Konzerns von rund 500 Arbeitnehmern zu rechnen.

Der Feldmühle-Konzern hat seine zur Kobolzt-WG. gehörige Zellstoff-Fabrik Königsberg-Sackheim gleichfalls zur vollständigen Stilllegung vom 1. September an bei dem zuständigen Regierungspräsidenten angemeldet. Die Stilllegung dieses Werkes bedeutet Entlassung von ebenfalls rund 600 Arbeitnehmern.

Der Erfolg der von den europäischen Zellstoff-Fabrikanten beschlossenen neuen Produktionsbeschränkung findet seinen ersichtlichen Ausdruck demnach darin, daß rund 1100 Arbeitnehmer allein in Ostpreußen auf das Straßengpflaster geworfen werden. O. Stühler.

Lohnabbau-Forderungen.

Der Reichslohnvertrag für die deutsche Wellpappenindustrie wurde vom Arbeitgeberverband (Zpi) zum 16. September 1931 gekündigt. Eine schriftliche Begründung ist bis zur Abfassung dieser Notiz noch nicht eingegangen. Nach allen bisherigen Erfahrungen dürfte die Kündigung erfolgt sein, um den zweiten Lohnabbau durchzuführen. Stärkung der Organisation erscheint uns zunächst die beste Antwort auf diese Kündigung zu sein.

Die Arbeitgeber der

Österreichischen Papiererzeugungsindustrie

glauben ebenfalls jeden wirtschaftlichen Unfug ihrer deutschen Kollegen nachahmen zu müssen; sie haben deshalb den bestehenden Kollektivvertrag mit unserer Bruderorganisation zum Zwecke des Lohnabbaues gekündigt.

Der Arbeitskampf in Norwegen,

der durch die Aussperrung der Papierarbeiter heraufbeschworen wurde, weil diese einen Lohnabbau nicht freiwillig annahmen, dauert für die Papiererzeugungsindustrie schon über vier und für die übrigen in den Abwehrkampf hineingezogenen Arbeitergruppen über 3 1/2 Monate. Über 80 000 norwegische Arbeiter befinden sich im Kampfe. Bis jetzt sind dadurch rund 7 000 000 Arbeitstage für die norwegische Industrie verlustig gegangen. Die Auswirkungen sind nicht nur für die Industrie, sondern auch für den norwegischen Staatshaushalt durch Steuerausfall katastrophal. Soweit wir unterrichtet sind, ist die norwegische Arbeiterschaft nicht gewillt, zu Kriegen zu kriechen; sie befindet sich noch immer geschlossen im Abwehrkampf. Allerdings ist das Organisationsverhältnis mit fast 100 Prozent glänzend. Alle kommunistischen Quertreibereien, die nur Kritik statt praktische Hilfe leisten, sind bisher an dem gefundenen Sinn der norwegischen Arbeiterschaft gescheitert, sehr zum Nachteil der norwegischen Scharfmacher, denen die deutschen „Thälmanner“ als Hilfe recht willkommen wären. O. Stühler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Blindindustrie im ersten Halbjahr 1931.

Nachdem die deutsche Blindindustrie in den letzten Jahren ihre Produktion so stark gesteigert hatte, daß sie bei der Saatverarbeitung die letzten Vorkriegsjahre weit übertraf, war bei der Saatverarbeitung im Jahre 1930 ein Rückschlag eingetreten. Da wir in Deutschland Saat so gut wie gar nicht anbauen, und auch eine Saateinfuhr kaum in Frage kommt, decken sich Saateinfuhr und -verarbeitung in der deutschen Blindindustrie. Wir hatten im Jahre 1929 eine Saateinfuhr von 25,8 Millionen Doppelzentner, im Jahre 1930 dagegen nur eine solche von 22,9 Millionen Doppelzentner. Die Einfuhr und mithin die Verarbeitung war im Jahre 1930 nicht ganz 3 Millionen Doppelzentner niedriger als im Jahre 1929. Der Rückgang im Jahre 1930 fiel hauptsächlich in das 2. Halbjahr. Es war daher zu erwarten, daß diese Mindereinfuhr im 1. Halbjahr 1931 anhalten würde. Das trifft aber, wie die vorliegenden Einfuhrzahlen zeigen, nicht zu. Nachstehende Gegenüberstellung zeigt die Saateinfuhr in den ersten 3 Halbjahren 1929, 1930 und 1931:

Einfuhr an Saaten in Doppelzentnern:

Warengattung:	1. Halbjahr		
	1929	1930	1931
Raps, Rübsen	73 954	46 253	39 025
Senf	29 637	37 372	38 903
Sonnenblumenfasern	10 908	15 558	30 799
Erbsen, ungeschält	421 195	571 524	598 385
Erbsen, geschält	3 553 807	3 508 989	2 979 222
Sesam	53 737	191 759	21 808
Leinfaat, Leinmehl	2 017 030	1 312 673	2 076 350
Baumwollfasern	73 748	713	—
Sojabohnen	4 869 041	4 940 890	4 732 680
Palmkerne	1 319 436	1 367 638	1 287 839
Kopra	1 154 971	749 970	732 820
	13 578 064	12 743 337	12 538 022

Danach ist die Saateinfuhr im 1. Halbjahr 1931 etwas geringer als im 1. Halbjahr 1930. Die Mindereinfuhr ist aber nicht groß. Allerdings steht das 1. Halbjahr 1931 um über eine Million Doppelzentner hinter dem 1. Halbjahr 1929, das die höchste Einfuhrziffer aufwies, zurück. Es muß nun abgewartet werden, wie sich das 2. Halbjahr 1931 entwickelt. Zunächst kann aber festgestellt werden, daß der Rückgang bei der Saateinfuhr im 1. Halbjahr 1931 nicht in dem Umfange angehalten hat, wie er im 2. Halbjahr 1930 zu verzeichnen war.

Nun gibt die Rohstoffverarbeitung allein noch kein genaues Bild über die Lage der Industrie. Wesentlich ist, ob der Rückgang bei der Saateinfuhr in erster Linie bei den ölarmen Saaten oder bei Saaten mit hohem Ölgehalt zu verzeichnen ist. Vorstehende Zahlen zeigen, daß die Einfuhr gegenüber dem 1. Halbjahr 1930 bei Erbsen und bei Sojabohnen stark zurückgegangen ist. Beides sind aber ölarme Früchte. Die Einfuhr bei Leinfaat und Leinmehl ist dagegen um über 750 000 Doppelzentner gestiegen. Hier handelt es sich um eine Frucht mit höherem Ölgehalt. Der geringe Rückgang bei der Saateinfuhr wird also dadurch ausgeglichen, daß die eingeführten Saaten mehr Öl haben als die im ersten Halbjahr 1930 eingeführten Saaten, so daß die eingeführte Saatmenge mindestens die gleiche Ölmenge ergeben dürfte, wie im 1. Halbjahr 1930 erzeugt ist. In letzter Zeit hat die Blindindustrie namentlich sehr stark über die holländische Leinöl-Konkurrenz geklagt. Die starke Steigerung bei der Einfuhr von Leinfaat und Leinmehl zeigt aber, daß die Leinöl-Produktion in ganz Deutschland ganz erheblich gestiegen ist. Es kann also nicht richtig sein, daß die holländische Leinöl-Industrie der deutschen im letzten Halbjahr noch größere Konkurrenz gemacht hat als in früheren Jahren.

Zur Beurteilung der Gesamtlage genügt es nicht, die Saatverarbeitung allein heranzuziehen, sondern der Absatz der pflanzlichen Öle und Fette, ihre Einfuhr und ihre Ausfuhr.

Spielen eine wesentliche Rolle. Wie sich Ein- und Ausfuhr in den beiden ersten Halbjahren 1930 und 1931 entwickelt haben, zeigen folgende Zahlen:

Table with columns: Warengattung, Einfuhr (1. Halbjahr 1930, 1. Halbjahr 1931), Ausfuhr (1. Halbjahr 1930, 1. Halbjahr 1931). Rows include Kaps- und Rüböl, Leinöl, Bohnenöl, Erdnußöl, etc.

Die Einfuhr ist also im 1. Halbjahr 1931 rund 76 000 Doppelzentner niedriger als im 1. Halbjahr 1930. In diesem Umfange hat die deutsche Industrie den inländischen Markt mehr versorgt. Allein die Einfuhr an Leinöl ist im 1. Halbjahr 1931 rund 50 000 Doppelzentner niedriger als im 1. Halbjahr 1930.

Eine wesentliche Rolle in der deutschen Wirtschaft für pflanzliche Öle und Fette hat in den letzten Jahren die Transfatsäure gespielt. Namentlich in den letzten drei Jahren ist die Einfuhr von Fischtran und Fischspeck sehr stark gestiegen.

Die Übersicht über das 1. Halbjahr gestattet ein endgültiges Urteil über die Lage der Industrie noch nicht. Es ist möglich, daß die Saateinfuhr im 2. Halbjahr 1931 noch wesentlich zurückgeht. Denn auch im Jahre 1930 setzte der starke Rückgang zum wesentlichen erst im 2. Halbjahr ein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

40 Jahre Textilarbeiterverband.

Anlässlich seines 40jährigen Bestehens bringt der deutsche Textilarbeiterverband seine Nr. 33 vom 14. August in vorzüglicher Ausstattung heraus. Text und Illustrationen aus Geschichte und heutiger Zeit geben ein Gesamtbild des Wirkens einer Organisation, die Kultur und Aufstieg für das Proletariat auf ihre Fahne geschrieben hat.

Die Bonzen verbrauchen das Geld.

Die KPD lebt wie der Skarabäus, d. h. der große Mistkäfer, vom Schmutz, von der Gemeinheit, der Verleumdung und der Lüge. Das sind die Prinzipien der KPD. Sie und ihre Presse wälzt sich am liebsten in der Gülle, da hat sie den Dreck gleich zur Hand, um anständigen Menschen damit bewerkeln zu können.

Neuerdings verbreitet diese russische Schmierpresse die Nachricht, die Gewerkschaftsbonzen verbrauchten die Beiträge in der Hauptsache für sich persönlich. Da ist wohl die Frage erlaubt:

Was erhalten die KPD-Mitglieder von ihren Beiträgen zurück?

Antwort: Nichts! Die KPD-Bonzen verbrauchen die Beiträge wirklich für sich. Und wenn sie irgendwo einen Pfusch veranlassen, dann geht die Bettlei los. Dann sind sie froh, wenn ihnen ein bürgerlicher Schlächtermeister zehnfach oder noch Bedarf verdünnte Wasserbrüche schenkt.

Die KPD-Presse mag sich bemühen. Die Mitglieder der Gewerkschaften können jederzeit die Verbandsfinanzen nachprüfen, aber bei der KPD und der RSD. gibt es das nicht. Warum schenken denn diese KPD-Bonzen gar so sehr das Licht der Öffentlichkeit mit ihren Finanzweisen?

Wenn unsere Arbeitslosen auf die Hilfe der kommunistischen Verleumder warten müssen, dann können sie verhungern. Die KPD-Bonzen sorgen für sich und lassen die Proleten hungern.

Auf den Verleumdungen der Gewerkschaften wollen die Raffschandlaren ihre Kampereien verdecken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenburg. Am Sonntag, 2. August, fand unsere Vertreterversammlung im Volkshaus Altenburg statt. Den Bericht vom vergangenen Quartal gab der Geschäftsführer Schauer. Er freute die in verschiedenem Maße auftretende Krise und ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Nur ganz vereinzelte Industrien seien mehr oder weniger von der Krise verschont geblieben.

Regierung herabgegebenen Notverordnungen treffen die Arbeiterschaft aufs schwerste. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft in die Bedarfswirtschaft, welche uns aus dem Schlamassel herausbringen kann, sei zu fordern. Die Sallegung der Porzellanfabrik in Meuselwitz, ebenfalls der Kampagneschluß der Raffinerie in Rößig haben eine starke Belastung der Verbandsinstanzen verursacht.

Kapitalisten.

„Ich könnte ebenfogut einen Tiger bissen, seine Beute mit mir zu teilen, wie u...ere Herrschenden, die gestohlene Arbeit, von der sie leben, fahren zu lassen.“

Die Entlassung des Arbeiters ist das Schwert des Kapitalisten, und der Hunger hält es stets scharf für ihn. Sein Schild ist das Gesetz, das durch seine eigene Klasse ausdrücklich zu dem Zwecke gemacht ist.“

Bernard Shaw.

Blankenberg (Saale). Wegen Lüge und Verleumdung mußte unsere Zahlstellenleitung in der letzten Zeit in den Versammlungen Stellung nehmen, da man uns in der Lohnabfrage die Schuld in die Schuhe schiebt. Um meisten geht diese Heße von nationalistischer und kommunistischer Seite aus. Diese Art von Kommunisten, die sich an dem Schwindel beteiligen, sind in Wirklichkeit aber keine, denn es sind nur solche, die gern kommunistisch schreien, aber nichts beitragen wollen.

Lübeck. Heinrich Freese 35 Jahre Vorjährender. Am 19. Juli 1896 trafen in Stockelsdorf bei Lübeck acht Kollegen zusammen, um eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu gründen. Unter diesen befand sich der Kollege Heinrich Freese, der bis zum heutigen Tage, also seit 35 Jahren, Vorjährender ist. In der Mitgliederversammlung am 9. August ging Heinrich Freese auf all die Dinge ein, die sich bei und nach der Gründung ereigneten.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumgenossenschaften in der Finanzkrise.

Die Finanzkrise und ihre Folgen waren naturgemäß auf die Konsumgenossenschaften nicht ohne Einfluß. Da die Mitglieder der Konsumvereine auch als ihre Sparkassen betrachten, waren diese ebenfalls einem starken Verkehre ausgesetzt. Der Konsumverein „Vorwärts“ Dresden z. B. zahlte 992 000 Mark mehr aus, als eingezahlt wurden. Die Warenhäuser und Sonderverteilungsstellen der Genossenschaften hatten infolge der Inflationsangst eine beachtliche Umsatzeinbuße zu verzeichnen.

Konsumvereine ausschlaggebend bei der Preisbildung.

Zu der Feststellung, daß die Konsumvereine die Preise regulieren, kommt die „Frankfurter Zeitung“ vom 11. Juli in einem Aufsatz, der die Agrarpolitik behandelt. Dort heißt es zum Schluß:

Was hat die Landwirtschaft als Lieferant der Lebensmittel den großen Organisationen der Konsumenten gegenüber zusetzen? Nichts Ähnliches? In 2000 Konsumgenossenschaften verschiedener Richtung sind rund vier Millionen Mitglieder zusammengeschlossen, welche von etwa 13 000 Verteilungsstellen beliefert werden. Rechnet man die Haushaltungsbekanntnisse der Mitglieder hinzu, so kann man sagen, daß ungefähr ein Viertel der gesamten Reichsbevölkerung konsumgenossenschaftlich versorgt wird.

Rechtssprechung.

Verdreifachung der Prozesse vor den Arbeitsgerichten.

Vor den deutschen Arbeitsgerichten wird alljährlich ein Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen. Die nicht geringen Reibungen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, kommen dort zum endgültigen Ausgleich. Für Preußen ergibt sich gegenüber der Vorjahreszeit folgender Vergleich: Im Jahre 1913 lagen den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 97 406 Fälle vor. In den letzten drei Jahren betrug die Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren: 1928: 249 155, 1929: 278 533, 1930: 289 037. Man beachte dabei, daß das heutige preussische Staatsgebiet kleiner ist als das im Jahre 1913. Trotzdem ist eine Verdreifachung der Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte zu verzeichnen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 13 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Berlin: Grete Schönian, Mitgl.-Nr. SII 759 124; Selb (Oberfr.): Christoph Freina, Mitgl.-Nr. 1 078 055; Ludwig Wölfel, Mitgl.-Nr. 880 792; Harzgerode: Otto Klopffleisch, Mitgl.-Nr. 877 916; gemäß § 14 Ziffer 3a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 4 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Bunzlau: August Saniter, Mitgl.-Nr. 76 068; Ewald Vater, Mitgl.-Nr. GL 20 761; Leo Rodinger, Mitgl.-Nr. 1 132 200; Andreas Bischoff, Mitgl.-Nr. 1 035 081; gemäß § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Effen: Wilhelm Bogdan, Mitgl.-Nr. 878 071.

Literarisches.

„Ich bitte ums Wort zur Geschäftsabrechnung.“ Praktischer Wegweiser für Verbands- und Vereinsvorsitzende, Verbandsleiter, Verbandsführer usw. 4. Auflage. Von Chefredakteur E. Paquin. - Preis: Bei Vereinskassen 1,90 Mk., per Nachnahme 2,20 Mk. Zu beziehen durch den Selbstverlag des Verfassers: Chefredakteur E. Paquin, Hesel (Bez. Westfalen), Preußenstr. 1. Postfachkonto: Essen 16 953. Das Werkchen wird Verbands- und Vereinsvorsitzenden, überhaupt jedem Verbands- und Verbandsleiter ein unentbehrlicher Ratgeber in allen Fragen parlamentarischer Verbands- und Verbandsangelegenheiten sein. Der Verfasser kennt auf Grund von langjähriger Tätigkeit als politischer Redakteur im Deutschen Reichstag und im preussischen Landtag die Dinge von Grund auf. Er weiß in allen Fragen, auch in den schwierigsten, den Weg der parlamentarischen Gebrauchsgemäßheit gehen kann oder gegangen werden muß.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Weshalb ist man in der Sommerhitze so faul? Antwort auf diese Frage gibt die Zeitschrift „Gesundheit“, die vom Hauptverband deutscher Krankenkassen an den Kassenmitgliedern kostenlos verteilt wird. Außerdem enthält die Augustnummer Aufsätze über „Alkoholfreie Getränke“, über das „Einmachen“, über den „Sommer-Durchfall“, über „Ungefährliche Ausflugsfreuden“.

Alfred Faust: Das Panama der Nordsee. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68. 16 Seiten mit Umriß und Illustrationen. Preis 10 Pf. Die Schande des Kapitalismus bildet den Gegenstand der vorliegenden kleinen Schrift, die den Chefredakteur der Bremer sozialdemokratischen Zeitung zum Verfasser hat. Faust schildert aus besser Kenntnis des Wesens dieses Vertriebsorgans aus - einer Hafenschenke. Einen breiten Raum nimmt die Schilderung der Beziehungen zu den „nationalen“ Reaktionen ein. Den Gewerkschaftler wird besonders der beständige Kämpfer interessieren, den die Kassen gegen die Gewerkschaften, für die Gelben durchgeführt haben.

Die Augustnummer der Zeitschrift „Die Wärgelde“ bringt anlässlich der im August in Erfurt stattfindenden Tagung des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, der Botschaftsorganisation der Wärgelde Ostpreußen, eine größere und reich illustrierte Reportage „Häringers Reise“ von Erich Kauf. Aus dem übrigen Inhalt sei eine Erzählung „Der russische Amerikaner“ von Schögen hervorzuheben, die einen interessanten Einblick in die Probleme der russischen Industriearbeiter gestattet. Die Mitglieder der Wärgelde erhalten diese Zeitschrift kostenlos.

Arbeiter-Probleme in USA. Deutsche Fassung des Buches „Manpower in Industry“ von Edward S. Cowdrey. Herausgeber: Dr. H. W. Sauer und Dr. G. Bannmann, Berlin NW 7, Dorothienstraße 40. Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure. Die A 5. IV/35 Seiten. Groß 3 Mk. (300-Markstücke 2,50 Mk.). Das Buch enthält die Ergebnisse der Forschungen der amerikanischen Arbeiter im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage. Es enthält auch eine Zusammenfassung der Arbeiterprobleme in den USA. Die Arbeiter werden hier die Einrichtungen beobachtet, die von den Arbeiterorganisationen und von den Unternehmern geschaffen wurden, um den Arbeitslosen nach Möglichkeit zu sichern.

Die Wahrheit über den Finanzjahresplan. Dem in einigen Tagen im Verlag Berlin, erscheinenden wichtigen Buche „Finanzjahresplan“ von A. Jugo (Hart 125 Seiten, 1,75 Mk.), entnehmen wir folgende Ausführungen. Der im Mai 1929 von den höchsten Organen des Reiches beschlossene und vom Reichstag am 27. März 1930 beschlossene Finanzjahresplan ist ein Plan der Entlastung der Produktion, sondern darüber hinaus ein Plan der Erhaltung der Produktion und des Kapitalismus der verfallenden Welt. Er sieht nur im Finanzjahresplan zur Befreiung des Staates, durch Anspannung aller Kräfte und Möglichkeiten die größtmögliche Erhaltung der Produktion in der kürzesten Frist zu erreichen, so muß man sagen, daß die erzielten quantitativen Ergebnisse geringfügig sind. Ganz anders steht es mit allen Bestimmungen des Planes, die sich auf die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung beziehen. Der Verzicht ist unter dem Stand der Jahre des Kriegesmanagements gesunken. Die Arbeiterorganisationen sind so niedrig, daß die Zeiten der KPD, den Arbeiter als paradiesisch erscheinen. Die Lage der anderen Bevölkerungsschichten ist noch schlimmer. Die Wohnungsverhältnisse haben sich verschlechtert. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind hinter den bestehenden Programmen zurückgefallen. Die Arbeiterorganisationen sind behindert. Die materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung die Wanderschaft hinter den Planverpflichtungen weit zurück.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Frau Sorge.

Sie sitzt am Wehstuhl unserer Zeit und spinnt am grauen Schicksalsfaden mit nimmermüder Tätigkeit, uns neue Würden aufzuladen.

Sie folgt der Freude Schritt für Schritt als dunkler Schatten durch das Leben. Sie wandert bei dem Frohsinn mit, um herbe Würze ihm zu geben.

Frau Sorge ist stets drauf bedacht, ob großes Glück nicht dauernd währe, sie kommt oft mitten in der Nacht und preßt ins Aug' manch bittere Träne.

Frau Sorge sucht mit Wohlgefallen, Obdach in Hüften, dürftig schlücht, und zeichnet dort mit harten Krallen der Menschheit Falten ins Gesicht!

Hans Weig.

Das Armband.

Erzählung aus dem Leben von E. F.

Es war wirklich wundervoll, das Armband. Es war das erste Geschenk, das Lotte von ihrem Ernst erhielt, deshalb freute sie sich doppelt. Jeder bewunderte das feine goldene Kettlein und jeder fand neue Schönheiten daran. Nun wurde ihre Liebe zu ihm noch größer, nun hatte sie noch mehr Mut, um ihre Liebe zu kämpfen. So viel Schwierigkeiten lagen den beiden, die sich doch so lieb hatten, im Weg. Ernst machte sich weniger Gedanken darum, aber Lotte war tieferglücklich. Warum mußte gerade zwischen ihnen eine solche Kluft sein, kaum überbrückbare Kluft sein? Warum mußten gerade ihre Eltern sich feindselig gegenüberstehen? Neidlich konnte sie nicht sein, die ehrliche Lotte, aber stundenlang konnte sie weinen, wenn sie andere so glücklich zusammen sah. Wenn wenigstens nicht immer die Zweifel an seiner Liebe gewesen wären. Nun war es anders, sie glaubte ihm wieder. Man schenkt seinem Mädchen doch nicht ein so herrliches Armband, wenn man es nicht lieb hat. Viel freundlicher, viel hoffnungsvoller sah sie in die Zukunft, und oft summte sie das Liedchen: ... wenn zwei sich nur gut sind, sie finden sich doch! vor sich hin. Warum sollte sie nicht ihren Ernst bekommen? Warum sollte sie nicht auch noch mal glücklich werden; wenn sie beide nur zusammenhielten?

Nun waren schon vier Wochen seit ihrem Geburtstag vergangen und Ernst wurde mit jedem Tage kühler. Er kam so selten, und wenn er kam, dann hatte er wenig Zeit. Was mochte da vorgefallen sein? Jedes Wort, das sie in der letzten Zeit gesprochen hatten, lief Lotte sich in ihr Gedächtnis zurück. Hatte sie ihn vielleicht gekränkt oder beleidigt? Sie hatten doch eher Grund, froh zu sein, denn ihre Mutter hatte erlaubt, daß er zu ihnen ins Haus kommen durfte; ein ganz kleiner Fortschritt, aber Lotte war glücklich. Seit drei Tagen hatte sie ihn nun nicht gesehen, Samstag, Sonntag und heute war schon Montag. Wollte er überhaupt nicht mehr kommen? Jetzt, wo doch ein kleiner Hoffnungsstimmer leuchtete! Schön kamen ihr die Tränen, aber hoch, das war doch ein bekannter Triff. Nichtig, er war's. Mit dem harmlosesten Gesicht stand er an der Tür und rief: „Gib dich, Lottekind, wir wollen tanzen gehen!“ Sei, wie schnell war sie fertig, nun noch das Armband, und glückselig strahlend zog sie an seinem Arm ins Nachbardorf, wo Kirmees war. Die ersten Stunden war er ganz nett, ein paarmal tanzte er mit ihr, dann war er oft einmal verschwunden. „Ach“, dachte sie, „er wird schon gleich wiederkommen!“ Da stand auch schon der lange Blonde vom Nebentisch, der sie schon die ganze Zeit beobachtet hatte, vor ihr und holte sie zum Tanz. Warum sollte sie nicht tanzen? Ernst ließ sie ja allein sitzen, so konnte sie sich auch Freude machen. Es blieb nicht bei einem Tanz, immer wieder holte er sie und immer fester drückte er sie an sich. Sie wehrte sich, aber nur, weil sie Angst hatte, Ernst könnte es sehen. Sie mochte ihn gar nicht leiden, den Blonde; er konnte so wunderbar tanzen, und er sprach so lieb mit ihr. Nun war auch der herrliche Walzer zu Ende; er tanzte die letzten Schritte zur Tür hinaus, selbstvergessen sahen sie sich an, immer mehr näherte sich sein Mund dem ihren, schon wollte er sie küssen ... da stand Ernst vor den beiden. Reich löste sie ihre Arme von ihres Tänzers Schültern, ein kurzer Aufschrei — ein Glied des Armbands war ausgefallen. „Die Frau hat er gebrochen, das Ringlein sprang



aus!“ sagte der Blonde und sah Ernst vielsagend an; hatte er doch gesehen, wie dieser sich drängen mit einer anderen getroffen hatte. Schweißperlen rann die Lotte's Haut, und schweigend gingen die beiden zu Ernst. Unheimlich oft wurde Ernst's Glas leer, er wollte schon zum Wein zurückgehen. „Ernst“, sagte sie leise, „hebe Ernst, in das noch nicht, sei mir wieder gut, da hast doch selbst ein groß' Red' gehört, daß ich mit dem Fremden tanzte, du hast mich doch schon gelassen!“ Mit einem Jag' trank er sein Glas leer, dann kam er auf's Kommando, wie gehen nach Hause, es ist besser!“ Der Blonde hatte wieder einmal Grund, sich über die närrischen Menschen zu wundern. Kein so etwas! Gegen die zwei Leuten erst miteinander umschmeicheln, schauten sich manchmal an, man konnte sie sich schon sehen, dann löste er ein ganz leises Gläsern, er machte keine Augen geschloß' aufeinander, um zu hören, wie das kleine Mädel's Atem hauchte. „Ich hab doch nur dich lieb, du dummes, dummes Mädel!“ Dann verschwand jeder Leut, und Vater Wand' drehte sich, mit dem ganzen Körper Gesicht lachend, er wollte nicht zurück sein.

Lotte und Ernst brauchten eine gehörige Zeit, um sich gegenseitig alles zu verzeihen, und beim Abschied gab sie ihm das Armband, damit er es reparieren lassen sollte.

Wieder waren Wochen vergangen. Aus der lustigen Lotte war ein trauriges, stilles Mädel geworden. Ernst kam nicht mehr. Ohne irgendeinen Grund anzugeben, blieb er einfach weg. Ein einziges Mal hatten sie sich nach jener Kirmees getroffen, es waren nur ein paar Minuten, in denen er ihr von seinen Kämpfen zu Hause erzählte, die er ihretwegen mitzumachen habe. Es war ihr damals schon, als habe das vorwurfsvoll geklungen. Sie hatte ja auch für ihre Liebe zu leiden, aber noch nie war ihr ein Wort des Vorwurfs über die Lippen gekommen. Nun ging er sogar mit einer anderen, aber ihr Armband hatte sie noch nicht zurückgehalten. Eine ganz leise Hoffnung lebte in ihr, daß er es ihr vielleicht Weihnachten zurückbringen würde. Es wäre doch ein Zeichen gewesen, daß er sie trotz der anderen doch nicht ganz vergessen konnte. Auch das Weihnachtsfest ging herum, ohne daß sie etwas von ihm hörte oder sah. Lotte wurde immer stiller und trauriger, sie war körperlich und seelisch gezeichnet. Ihr Leben hatte ja doch keinen Zweck mehr für sie; was sollte sie ohne ihn, den sie lieber gehabt hatte als alles?

Was mochte er nur mit ihrem Armband gemacht haben? Hatte er es seinem nächsten Mädel geschenkt? Nein, das konnte sie nicht glauben, so schlecht war er doch nicht. Er hob es sicher auf als ein Heiligtum, als ein Andenken an sie. Wenn sie wüßte, daß es wirklich so wäre, wollte sie ihm alles verzeihen. Still weinte sie vor sich hin und hörte auch nicht auf, als ihre Freundin zu ihr ins Zimmer trat. „Lotte, du weinst schon wieder um den?“ fragte Lieschen bestürzt. „Er ist es doch g... nicht wert, Kind, daß du dich ihretwegen so krank machst!“ „Er ist es nicht wert?“ schrie Lotte zornig. „wage es nicht, ihn zu beleidigen, ich glaube an ihn!“ „Komm her, Lotte, ich will dir was von ihm erzählen, du sollst ihn kennenlernen, wie er ist!“ Järrlich zog sie die widerstrebende Lotte zu sich aufs Sofa, liebend und voll Mitleid streichelte sie ihr blaßes Gesichtchen, und zögernd fragte sie: „Lottekind, wo hast du das Armband, das Ernst dir geschenkt hat?“ „Er wollte es reparieren lassen und hat sicher noch keine Gelegenheit gefunden, es mir zurückzugeben“, klang es stockend und undeutlich aus dem Rissen, in das Lotte ihren Kopf vergraben hatte. „Wenn du mir verprühlst, müßig zu sein, Lotte, will ich dir was erzählen“, sagte Lieschen leise, und sofort setzte Lotte sich auf. „Verkleinere ihn doch nicht immer vor meinen Augen, Lieschen“, klagte sie und schlang schluchzend die Arme um den Nacken der Freundin, „ich hab ihn doch noch immer lieb!“ „Du sollst keine Gedanken mehr an ihn hängen, meine arme Lotte, du mußt ihn jetzt vergessen, diesen schlechten Menschen“, fast schrie es, als ob Lieschen den Mut verloren hätte, weiterzusprechen, „er hat — das Armband, das er dir auf den Geburtsstag gestiftet, — — — keiner — Freundin geschenkt!“ Tiefe Stille herrschte im Zimmer, Lotte schrie starr. Leise löste sich Lieschen aus Lottes Umarmung und leise ging sie aus dem Zimmer. Lotte sollte mit ihrem Schmerz allein sein. Es war eine bittere Arznei, die sie ihr geben mußte, aber es war das letzte Mittel, das arme betrogene Mädel wieder aufzurütteln, ihr den Mut zum Leben wiederzugeben.

Bekommen ging sie nach Haus, aber eine abnungslose Unruhe war in ihr. „Wenn Lotte nur nicht...“, sie wagte den Gedanken nicht auszubringen. Ohne Hut und Mantel lief sie zu Strrensen. „Sie ist fort“, sagte Lottes Mutter, „sie war so komisch.“ Wie geheißt jagte sie nun den Weg zum Fluss entlang, jetzt mußte sie, wo Lotte war. Keuchend rannte sie weiter; wenn sie nur nicht zu spät kam! Klang da nicht ein Aufschrei, slog da nicht ein dunkler Gegenstand ins Wasser? Das Herz stand ihr still — — — dann sprang ein zweiter Gegenstand nach, und da wurde ihr die Keule frei. Lauf



schrie sie um Hilfe, und von allen Seiten kamen Menschen gelaufen. „Da, da...“ Schon hatte ein Boot die Unglücksstelle erreicht, man konnte nicht genau sehen, waren es zwei oder war es doch nur einer? Von kräftigen Händen wurden sie ins Boot gezogen, es waren ein junges beinaheungsloses Mädchen und ein großer blonder Mensch, dem die Angst um sie aus den Augen brach. Nun waren sie am Ufer. Lieschen drängte sich durch die Menschenwand hindurch, sah, wie der große Fremde ihre Lotte auf dem Arm trug, und hörte ihn leise sagen: „Ich habe sie mir gerettet!“ Dann brach auch sie ohnmächtig zusammen.

Lotte Strrensen verlobte sich bald mit ihrem Lebensretter Rudolf Wille, und erst auf der Verlobungsfeier erzählte sie ihrer Freundin, daß sie ihren Bräutigam schon früher auf einer Kirmees kennengelernt hätte und daß er wunderbar tanzen könne. Sie zeigte ihr auch das Armband, das Rudolf ihr zur Verlobung geschenkt hatte. Es war so gearbeitet, daß es nicht so leicht zerbrechen konnte.

Das Grauen.

Der Gefreite Fischer galt bei der ganzen Kompanie immer als guter Kamerad, als feiner Kerl. Aber in den Februartagen 1918, als die Hoffnung auf Frieden durch die Westfront zu flüstern begann, da wuchs zwischen Fischer und seiner Gruppe hülloser Haß. Er entwickelte sich etwa so:

Als die Kompanie ins Vorfeld rückte, hatte die Gruppe Fischer wieder mal Glück: sie kam in einen ehemaligen Munitionsumschlag. Von ihm aus führten fünfzig, sechzig Meter Grabenidzack nach vorn zum Postenrichter. Tagsüber stand dort ein Doppelposten, nachts wachte die ganze Gruppe vor.

Als an einem Vormittag Söhre und Brockmann vom Postenrichter in den Unterstand zurückkamen, berichtete Brockmann: „Da vorne, wo

ein Haufen englischer Stahlhelme liegt, da guckt ein toter Tommy in unseren Graben.“ Er sagte das ganz gleichgültig, wie eben ein Soldat 1918 vor irgendwelchen Leichen sprach; aber doch hatten seine Worte, kaum fühlbar, eine unbestimmte, eigenartige Klangfarbe. Als sei seine Stimme etwas stumpfer gemorden, wie bei einem, der gegen starke innere Hemmungen eine Lüge erzählt. — Die anderen vier gingen gleich hin, den toten Tommy mal anzusehen.

Von der Grabenwand war eine große Erdscholle abgebrochen, vermutlich durch einen nahen Granateneinschlag, und nun starre der Kopf und ein Stück khaki brauner Uniformkragen eines Gefallenen in den Graben hinein. Seidiges blondes Haar war durch einen Scheitel geteilt, das Gesicht gelblich-bleich und ohne erkennbare Spur von Verwesung. Aber die Augen, große, graue Augen, die waren, als sei längst ausgelittene Qual immer noch in ihnen lebendig. Sie schauten, ein wenig nach oben verdreht, auf den Vorkörpergehenden wie ein Betteln um Hilfe. Vielleicht war es die suggestive Verzweiflung dieser Augen, die Anlaß wurde zu allem, was nun geschehen mußte.

Die Stunden vergingen, wie so viele, viele andere, mit Galgenhumor, Läusejagden, Schimpfen über die Ewigkeit von Rohlkampf und Krieg und mit Schlafen. Abends, beim gemeinsamen Posten stehen, stritt man sich, ob der Tommy verschüttet worden wäre oder ob sich da ein Massengrab befände. Aber man sprach schon wieder von etwas ganz anderem, da sagte Fischer: „Wenn man sich das ausmalt, was der arme Kerl ausgestanden haben muß, bis er endlich erstirbt ist... Ihr müßt euch bloß mal die Augen genau ansehen! Ob einer von uns auch mal so — — ich möchte überhaupt wissen, wie wir einmal verreckten werden. Könn't ihr euch noch befinden, der kleine Spymorski bei Arras?“ — „Mensch, du hör' bloß damit off!“ Von da an versicherte jeder Versuch einer Unterhaltung in ungewolltem, zähem, niederträchtigem Schweigen.

Auch der Tag kämpfte vergeblich gegen die lähmende Verflümmung an, die jeder zwischen sich und den anderen spürte, fast körperlich empfand. Wenn die Abflümmungen an dem toten Kopf vorüberkamen, so sahen sie interessiert irgendwo anders hin, als bemerkten sie dort etwas sehr Wichtiges. Meist aber mußten sie sich dann noch einmal rasch umdrehen.

In der folgenden Nacht schoß bald der, bald jener auf einen unmoviert im Vorgelände aufrecht stehenden Pfahl und einen Pferdekadaver. „Ihr seht ja heute die Männchen!“ warnte Fischer, und es entfaltete sich zwischen ihm und seinen Kameraden ein Streit, so bissig und gebärgt, wie er in der Gruppe überhaupt noch nicht vorgekommen war. Und sie waren ja doch alle erfahrene Soldaten, die nicht mehr, wie Rekruten, einen Pfahl für angreifende Feinde halten durften. Aber es geschah immer wieder, und der Ärger darüber machte sie nur noch nervöser. Außerdem fing es an, derb zu regnen. Und wie sie morgens in den Unterstand zurücktrötelten, da hingens dem Kopf die Haare in langen, wirren Strähnen über das Gesicht.

Nach zwei Stunden sollte Ludwig ablösen, er war nicht da. Sie fanden ihn; er kauerte vor dem Kopf und hämmerte ihm, belandete zärtlich, das Haar. Wenn er fertig war, rief er den Scheitel wieder ein und begann von neuem. Das Kommen der anderen hatte er gar nicht bemerkt. Aus wütendem Entsetzen rief ihn schließlich einer an, zögernd drehte sich Ludwig um, lächelte langsam und blöd. „Er sieht sonst so häßlich aus!“ sagte er, wie eine Entschuldigung.

In dieser Stunde gewann das Grauen, weil der arme Kopf in den Graben stierke, unbedingte Gewalt über die zermürbten Nerven und Sinne. Sie konnten der Wucht dieses Erlebnis gar keinen Widerstand mehr entgegensetzen; der Krieg hatte in dieser Stunde ihre letzten Kräfte verbraucht.

Das Grauen kicherte in ihrem Denken, wenn sie nichts auf Posten von den rotglühenden Flammen des Artilleriekampfes gequält wurden, und der Pfahl und das tote Pferd wurden lebendig und huschten dunkel und gefährdend hin und her... Das Grauen schlürfte bang durch ihren Schlaf und zerstückte ihn mit furchterlichen Träumen. Ob, wie verzweifelt sie manchmal aufschrien, wie ihre Hände sich wehren wollten gegen die unerbittliche Folter des Traums.

Wenn sie nicht schliefen, dann sahen sie in fückischem, bösarzigem Schweigen zusammen, und jeder lauerte, ob er selbst oder ein anderer zuerst von dem toten Kopf sprechen muß.

Herausfordernd unvermittelt begann Fischer in einer Nacht zu singen: „Musketier sein's lustige Brüder, haben's guten Mu — u — hut, singen's lauter lustig — —“ „Mensch! Du bist wohl verrückt geworden?“ fauchte ihn Brockmann an.

„Was? Wegen eures Tommyschädels soll ich etwa nicht singen? — Ihr seid verrückt! Ganz im Ernst, ich will euch mal was sagen: Ihr werdet verrückt. Alle miteinander. Glaub't mir, ich sehe da vollkommen objektiv. Der sogenannte Casard oder Drahterhaushahn. Lateinischen Namen gib't's noch nicht. Und wißt ihr, warum ihr verrückt werden müßt? Ich kann euch das ganz genau erklären: An euch rächen sich jetzt die Menschen, die ihr im Kriege umgebracht habt, versteht ihr? Der Schädel hat euch zu Bewußtsein gebracht, daß ihr Mörder seid. Mörder! — hört ihr? Ich habe nie einen Menschen umgebracht, mich stört der Schädel nicht. Mich nicht.“ Und noch einmal, triumphierend: „Mich nicht!“ Dann, heiser und kalt: „Du, Brockmann, kannst du dich besinnen, damals am San, wie du auf dem jungen Russen knietest und ihm mit dem Spaten den Kopf zerstücktest? Ja, ich habe das beobachtet. Höspeidi, patschemu, patschemu?“ — hat der arme Kerl geschrien. — Mein Gott, warum, warum? heißt das. Du, Brockmann...“

„Abhacken müßte man den verdammten Schädel, dann wäre gleich Ruhe!“ meinte Söhre. „Abhacken? Nein, das bist auch nicht. Ihr könnt ihn doch nicht vergessen. Immer, immer wird er in euren: Hirn sein und bohren und wühlen und quälen. Quälen. Bis ihr verrückt seid. Denkt ihr etwa, ich habe euch nicht beobachtet, wie ihr fortgeschlichen seid, wenn ihr dachtet, die anderen schliefen alle? Ich habe nicht geschlafen. Fortgeschlichen zu dem ermordeten Engländer — habt ihr euch vielleicht eingebildet, ihr könntet eure Schuld wieder gutmachen, wenn ihr einem Toten die Haare hämmt? Nein, nichts wird euch retten. Nichts. Alle miteinander werdet ihr irrsinnig. Ihr seid es ja schon halb!“ — Und ich habe ihn doch ab! Walter, gib mir deinen Spaten, meiner ist nicht geschliffen!“ verzuchte Brockmann sich zu wehren und haßte mit der erlöschungsversprechenden Waffe ins Dunkel.

„Es geht nicht!“ wimmerte er, wie ihn die Kameraden im Morgendämmern bei dem Schädel wiedertrafen. Fischer sagte: „Du, Brockmann, der junge Russe am San —“

Brockmann packte den Spaten, häßte sich auf seinen Feind: „Nun, verfluchter, du bist schuld! Du bist schuld!“ Sicher griff Fischer zu, drehte ihm mit einem Ruck den Spaten aus der Hand und warf ihn über die Wöschung des Grabens.

Im Unterstand dann fing Brockmann an zu besen. Er hielt einen Rosenkranz und murmelte monoton vor sich hin, dann und wann verstand die anderen: ... jetzt und in der Stunde unseres Absterbens...“

Da kam die Rettung: Ein Angriffsbefehl.

Die Gruppe geriet übrigens in eine zu kurz gelegte Salve deutscher Granaten, die nur Fischer und einen anderen übrig ließ.

In einem Lazarett für Nervenkranke schnitt sich Fischer einige Tage später die Palmbären durch.

SEAN'S PAGE